

Stefan Kaiser

Die Drei-Stufen-Theorie
zur Bestimmung
von Beweisverboten
im Strafprozeß



PETER LANG
Europäischer Verlag der Wissenschaften

Inhaltsverzeichnis

1.	Die dogmatische Herleitung der Drei-Stufen-Theorie.....	17
1.1.	<i>Der bisherige Meinungsstand in Rechtsprechung und Lehre.....</i>	17
1.1.1.	Das Fehlen einer Systematik zur Ermittlung von Beweisverboten.....	17
1.1.2.	Zum Leugnen des Bedürfnisses einer Systematisierung von Beweisverboten	18
1.1.3.	Die Rechtskreistheorie des BGH.....	19
1.1.4.	Die Lehre von den Beweisverboten und den Beweisregelungen.....	21
1.1.5.	Die Heranziehung hypothetischer Kausalverläufe.....	23
1.1.5.1.	Die Bildung hypothetischer Ermittlungsverläufe als vorrangige Abgrenzungsmethode.....	23
1.1.5.2.	Die Hypothese rechtmäßiger Beweiserlangung zur Bestimmung von Normzweckverletzungen....	27
1.1.6.	Die Abwägungslehre.....	29

1.1.6.1.	Das Abgrenzungskriterium der Verhältnismäßigkeit des Eingriffs.....	30
1.1.6.2.	Das Abgrenzungskriterium der Schwere des Eingriffs.....	32
1.1.6.3.	Zu den Schwächen der Abwägungslehre.....	33
1.2.	<i>Die Ausgangshypothesen zur Drei-Stufen-Theorie</i>	35
1.2.1.	Das Rechtsstaatsprinzip als abgeschlossenes System zur Ermittlung von Beweisverboten.....	35
1.2.2.	Die Beschränkung staatlicher Eingriffe durch die Garantie des unantastbaren Kernbereichs der Grundrechte.....	38
1.2.3.	Die Beschränkung staatlicher Eingriffe durch die Garantie der Justizmäßigkeit des Verfahrens gemäß dem Schutzzweck der Norm.....	48
1.2.4.	Die Beschränkung staatlicher Eingriffe durch das Übermaßverbot.....	60
1.2.5.	Fazit und Formulierung der Drei-Stufen-Theorie.....	63

2.	Die Drei-Stufen-Theorie in der praktischen Anwendung.....	65
2.1.	Der Ausfilterungsprozeß auf der ersten Stufe	65
2.1.1.	Zum Begriff der originären Beweisverwertungsverbote.....	65
2.1.2.	Zur Verwertbarkeit von Tagebuchaufzeichnungen.....	65
2.1.3.	Zur Verwertbarkeit von Tonbandaufzeichnungen im eingriffsfreien Bereich.....	92
2.1.4.	Zur Verwertbarkeit von durch Foltermethoden erzwungener Geständnisse.....	92
2.2.	Der Ausfilterungsprozeß auf der zweiten Stufe.....	95
2.2.1.	Zum Begriff der abgeleiteten Beweisverwertungsverbote.....	95
2.2.2.	Das ausdrückliche Beweisverwertungsverbot des § 136 a III, 2 StPO.....	96
2.2.2.1.	Die Uneinheitlichkeit der Rechtsprechung zum strafprozessualen Täuschungsbegriff.....	98

2.2.2.1.1.	Zur Zulässigkeit des Aushorchens von Untersuchungshäftlingen durch einen polizeilichen Spitzel.....	98
2.2.2.1.2.	Zur Zulässigkeit des Aushorchens von Untersuchungshäftlingen durch einen Mithäftling.....	100
2.2.2.1.3.	Zur Möglichkeit der Täuschung durch Verstärken eines bereits vorhandenen Irrtums.....	101
2.2.2.1.4.	Zur Zulässigkeit der Provokation selbstbelastender Äußerungen durch wahrheitsgemäße Angaben.....	102
2.2.2.1.5.	Zur Zulässigkeit des Mithörens eines Telefongesprächs durch einen Polizeibeamten mittels Zweithörer.....	103
2.2.2.2.	Die Reichweite des strafprozessualen Täuschungsbegriffs und ihre Konsequenzen in der praktischen Falllösung.....	108
2.2.2.3.	Kurzbeitrag zum Merkmal "Zwang" in § 136 a I, 2 StPO.....	134
2.2.3.	Die aus der Strafprozeßordnung abzuleitenden Beweisverwertungsverbote außerhalb von § 136 a III, 2 StPO.....	137

2.2.3.1.	Zur Verwertbarkeit der Aussage des Beschuldigten bei Verstoß gegen die Belehrungspflichten aus §§ 136 I, 2, 163 a IV, 2 StPO.....	140
2.2.3.1.1.	Die Konsequenzen aus der fehlenden Belehrung des Beschuldigten über sein Schweigerecht.....	141
2.2.3.1.2.	Zur Verwertbarkeit der Aussage des Beschuldigten bei Belehrung nach der DDR-Strafprozeßordnung.....	151
2.2.3.1.3.	Zum Anspruch des Beschuldigten auf Verteidigerbefragung.....	154
2.2.3.2.	Zur Verwertbarkeit der Aussage des Zeugen bei Verstoß gegen die Belehrungspflichten aus §§ 52, 53, 55 StPO.....	158
2.2.3.2.1.	Die Rechtskreistheorie in der praktischen Falllösung.....	158
2.2.3.2.2.	Zum Schutzzweck der §§ 52 III, 55 II StPO.....	162
2.2.3.2.3.	Zur Verwertbarkeit einer Aussage bei unterbliebener Beschuldigtenbelehrung im Prozeß gegen einen Dritten.....	164
2.2.3.3.	Die Reichweite des Beweisverbots aus § 252 StPO.....	166

2.2.3.3.1. Zur Reichweite des Begriffs der "Vernehmung" unter Abgrenzung zur Spontanäußerung.....	167
2.2.3.3.2. Zur Verwertbarkeit der Zeugenaussage bei gezieltem Ansetzen von V-Leuten auf den weigerungsberechtigten Zeugen und späterer Zeugnisverweigerung.....	170
2.2.3.4. Die Reichweite des Beschlagnahmeverbots in § 97 StPO Insbesondere: Zur Zulässigkeit der Beschlagnahme einer zu Operationszwecken entnommenen Blutprobe.....	175
2.2.3.4.1. Die unterschiedlichen Argumentationen in Rechtsprechung und Literatur.....	175
2.2.3.4.2. Die Problemlösung im Lichte des Schutzzwecks der §§ 97, 53 StPO.....	183
2.2.3.5. Die Konsequenzen aus dem Verstoß gegen den gesetzlich normierten Richtervorbehalt.....	188
2.2.3.5.1. Die Differenzierung der Rechtsprechung zwischen vorsätzlichen und fahrlässigen Verstößen.....	188
2.2.3.5.2. Die Notwendigkeit einheitlicher Konsequenzen bei Verstoß gegen den Richtervorbehalt.....	193

2.3.	<i>Der Ausfilterungsprozeß auf der dritten Stufe...</i>	195
2.3.1.	Das Übermaßverbot in der praktischen Falllösung.....	195
2.3.2.	Zur Verwertbarkeit durch Täuschung seitens Privater gewonnener Beweismittel.....	196
2.3.3.	Zur Verwertbarkeit durch Zwangsausübung seitens Privater gewonnener Beweismittel.....	203
2.3.4.	Zur Verwertbarkeit von Tonbandaufzeichnungen außerhalb des eingriffsfreien Bereichs.....	213
3.	Resümee.....	229